

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinste alte Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg. Resten und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 28.

Donnerstag den 6. März 1919.

19. Jahrgang.

Die Nationalversammlung.

(19. Sitzung)

Am Regierungstisch: Dr. Preuß, Erzberger u. a. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung kurz nach 10½ Uhr mit folgender Ansprache, welche die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Unabhängigen stehend anhörten: Meine Damen und Herren! So fern sind unsere Ostafrikaner feierlich in die Reichshauptstadt eingezogen. Es ist der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes nicht vergönnt gewesen, sie am Brandenburger Tor zu begrüßen. Dafür sollen von hier aus die herzlichsten Grüße sie in der deutschen Heimat willkommen heißen. (Allseitige Zustimmung.) Unzweifelhaft waren die Mühsale und Strapazen, mit denen sie lange Jahre zu kämpfen gehabt haben. In heiligem Gedenken stehen die kriegstoten Kämpfer, die sie gegen eine Uebermacht von Feinden vollbracht. Ihre Rückkehr in die Heimat schließt die Kultur- und Missionstätigkeit, welche deutsche Führer in immer höherer Verantwortung an fieberhaften Gestaden und in waldigen Wäldern verrichtet haben. Sie schließt auch den reichen Segen, den diese zivilisatorische Tätigkeit zum Vortreiben eines hoffnungsreichen Landes verbreitet hat. Sie wird aber auch erzählen von der Dankbarkeit, welche die einheimische Bevölkerung der opferbereiten Wirksamkeit entgegenbrachte, und von der Treue, mit der die einheimische wehrfähige Mannschaft zu unsern deutschen Soldaten stand. (Lebh. Beif.) Ehre und Dank, unsterblicher Ruhm dem Führer dieser tapferen Schar, dem General von Lettow-Vorbeck und jedem einzelnen seiner Offiziere, dem Gouverneur und seinen Beamten und der gesamten deutschen Ansiedlerchaft von Ostafrika. In diesen Zeiten der Grausamkeit haben auch unsere Feinde die Soldaten der Ostafrikaner gewürdigt und haben in angereicherter Ritterschicht ihnen den ehrenvollen Abzug und die Rückkehr in die Heimat gestattet. Diese Geste muß, wenn unser Glaube an die Menschheit nicht verloren gehen soll, sie auch beherzigen bei der Lösung der Schicksalsfragen des Friedensschlusses! Unsern schwer leidenden Völkern möge das leuchtende Beispiel dieser tapferen Kämpfer beweisen, was fester Zusammenhalt und treue Brüderlichkeit, auch in den schlimmsten Tagen zu leisten vermag. Sie haben sich zu Ehren der Ostafrikaner von den Stufen erhoben: ich stelle dies fest. (Wiederholter allseitiger großer Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Verfassungsentwurfes. Reichsminister des Innern Dr. Preuß: In der Aussprache ist die Stellung des Reichspräsidenten kritisiert worden. Von der einen Seite ist verlangt worden, ihm seien zu weitgehende Machtbefugnisse beigelegt, von der anderen Seite, seine Staatsrechte Stellung sei noch nicht stark genug. Wenn die Vertreter der ersten Auffassung dabei auf die Befugnisse des Reichspräsidenten darauf hinweisen, den Reichstag aufzulösen, ohne an die Zustimmung des Bundesrats bezug. Reichsrats gebunden zu sein, so steht die ihm unbeschränkte Auflösungsrecht ein Korrelat gegenüber dem Reichspräsidenten. Wenn der Präsident durch Auflösung des Reichstages von den erwählten Abgeordneten an ihre Wähler Berufung einlegen kann, so kann andererseits der Reichstag durch einen Antrag auf Abberufung des Präsidenten im Wege der Volksabstimmung von diesem Erwählten des Volkes Berufung an seinen Wähler einlegen. Beide Bestimmungen stehen in einem innern Zusammenhang miteinander. Ob man beide beseitigen soll, darüber ließe sich vielleicht reden. Es würde es für richtig halten, beide aufrechtzuerhalten. Andererseits ist geltend gemacht worden, daß der Präsident staatsrechtlich und staatsrechtlich nicht genügend hervorgehoben worden sei. Wir wollen vom Standpunkt der Demokratie aus die unbedingte Unterwerfung auch des Reichspräsidenten unter Recht und Gesetz restlos durchführen; in der Verantwortlichkeit dem Gesetz gegenüber soll kein Unterschied sein zwischen dem Reichsoberhaupt und dem geringsten Bürger! Am übrigen hängt die Frage des Präsidenten noch eng zusammen mit der Frage der Präsidenten, nämlich der Präsidenten der Gliedstaaten. In dieser Frage kann man mit den Rednern der Opposition darin einig gehen, wenn sie eine Verstärkung der Reichsmacht verlangen. Der Reichsminister des Innern streift in einen weiteren Ausführungen die Sonderrechte der Einzelstaaten und weist, daß sich schließlich auf dem Gebiete des Militär- und Verfassungsrechts doch noch eine friedliche Vereinbar machen lasse, um die Reichsgewalt zu stärken. Er schließt: Nur das Reich, wenn es in fester Einheit und Kraft zusammensteht, nur das einheitliche Reich, geführt von einer starken Regierung, getragen von einem einheitlichen nationalen Parlament, die Möglichkeit haben, die Gefahren zu bannen und zu überwinden, die nicht nur jedem Einzelstaat, sondern dem Reich

insgesamt drohen aber mögliche Hilfe tut not. (Beif.) Abg. Alpers (Welfe) spricht gegen die Gefahren des preussischen Zentralismus. Im neuen Deutschland muß es auch ein freies Hannover geben. Das hannoversche Volk muß selbst über sein künftiges Schicksal bestimmen. Wir haben bei der Reichsregierung eine Volksabstimmung beantragt und sind sicher, daß dabei sich eine gewaltige Mehrheit für das freie Hannover einstellen wird. (Vereinzelter Beifall.)

Preussischer Justizminister Heine: Die bis zur Entscheidung durch die preussische Landesversammlung nur vorläufige preussische Regierung handelt sicher mit der Zustimmung des überlegenden Teils des preussischen Volkes, wenn sie hier ein freudiges Bewusstsein für den Reichsgedanken und für den Ausbau des Reiches ablegt. Das Deutsche Reich ist unter preussischer Führung zustande gekommen, und Preußen würde sich selbst verleugnen, wenn es dem Reichsgedanken untreu werden wollte. (Zustimmung.) Was der Vorredner fordert, kommt einer Verhinderung Preußens gleich. Die aber ist unvereinbar mit der Befestigung eines starken und einheitlichen Reiches. (Vereinzelter Widerspruch.) Phantastische Pläne, die nicht aus dem Bedürfnis des

ganzen preussischen Volkes hervorgehen, und die daraus hinauslaufen, Preußen zu zerstückeln, weil dieser oder jener Teil des Volkes es bequemer findet, seine eigenen Wege zu gehen, können wir nicht verantworten. (Sehr richtig! Unruhe bei den Welfen.) Wir müssen alles, was in unsern Kräften liegt, tun, um zu einem einheitlichen Wirken im ganzen Reich zu kommen. Folgen wir aber dem Vorredner, so kommen wir nicht dazu. Die preussische Regierung verspricht, all ihre Kräfte in den Dienst dieser Gedanken zu stellen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Unruhe.)

Abg. Wegel-Rürnberg (Soz.): Mit einem Schlag die ganze bestehende Wirtschaftsordnung umzukrempeln, ist unmöglich. Es gilt, die Schranken zu brechen, die der organischen Entwicklung entgegenstehen, und es gilt, diese Entwicklung zu beschleunigen. Die Sozialisierung kann nur schrittweise und sie kann nur für ganze Volksteile, nicht für einzelne Betriebe, erfolgen. Das wertvollste Gut der Nation, die Arbeitskraft, muß unter den Schutz des Reiches gestellt werden. Nicht Arbeitszwang, sondern Arbeitspflicht und Sicherung eines gewissen Existenzminimums, Erwerbs- und Arbeitslosenfürsorge müssen sichergestellt sein.

Hierauf wird gegen 1 Uhr die Weiterberatung bis 4 Uhr ausgesetzt.

In der Nachmittags-Sitzung kam die zweite Garnitur der Parteiredner zu Wort.

Abg. Dr. Dehler (Zir.) erkennt für Thüringen das Bedürfnis nach Zusammenfassung an. Die Aufrechterhaltung des bisherigen preussischen Verhältnisses lasse sich nicht mehr rechtfertigen. Je größere Freiheit man den Hannoveranern, Rheinländern und den übrigen Stämmen gewährt, umso besser wird der Reichsgedanke gefördert. Wir wollen das Verfassungswort nicht zu einer Mißfälschung machen, sondern zu einem gesunden Bau, in dem jeder Luft und Licht zum Leben findet. (Lebh. Beifall bei der Parteipresse.)

Reichsminister Dr. Preuß: Der Vorredner ist wie ich, Staatsrechtslehrer. Würde ich die von ihm begonnene Polemik fortsetzen, wir kämen überhaupt nicht zu Ende. (Lebh. Zustimmung.)

Abg. Dr. Döring (Deutsche Volksp.) erhebt gegen eine etwaige Verfassungsänderung Preußens den schärfsten Protest.

Abg. Dr. Schilling (Dem.) sagt, daß in dem neuen Verfassung das Reich über Preußen stehen müsse. Wir brauchen die Zustimmung zum Recht. Redner verlangt Aufnahme in die Gemeinschaft der Völker unter gleichen Rechten und Schicksal: Wir wandern gegenwärtig durch ein finsternes Tal. Neben uns steht der Abgrund. Aber, wir haben die Hoffnung auf die Zukunft unseres Volkes nicht aufgegeben. (Beifall.)

Abg. Gollhorn (Deutsch-Hann.) fordert Gerechtigkeit für das deutsch-hannoversche Volk. Gerade durch das Bestehen, die preussische Hegemonie ungeschwächt zu erhalten, wird die Reichsverlogenheit verewigt, die eine Schwächung Deutschlands bedeutet.

Preussischer Justizminister Heine protestiert gegen die Ausführungen des Vorredners.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 3 Uhr festgesetzt. — Schluß 7¼ Uhr.

Oesterreich und wir.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Mit Ermächtigung des beiderseitigen Kabinetts haben in Weimar Besprechungen des deutsch-österreichischen Staatssekretärs für Aussen, Dr. Bauer, mit dem Reichspräsidenten und den Mitgliedern der Reichsregierung über den von beiden Seiten angestrebten Zusammenschluß Deutsch-Oesterreichs mit dem Deutschen Reich

stattgefunden. Die politische Aussprache wurde in Berlin mit dem Reichsminister Grafen Brodtorf-Mangau fortgesetzt. Sodann trat man unter seinem Vorsitz in kommissarische Verhandlungen über Einzelfragen ein. Der Zusammenschluß soll sich darnach nach Abschluß der Verhandlungen über die Einzelfragen durch einen Staatsvertrag vollziehen, der den beiden Nationalversammlungen zur Genehmigung vorzulegen wäre. Nach Ratifikation des Vertrages soll die Durchführung des Zusammenschlusses durch Reichsgesetz erfolgen, bei deren Beratung und Verabschiedung deutsch-österreichische Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches bereits mitwirken würden. In handelspolitischer Beziehung wurden in erster Linie die Uebergangsbestimmungen beim Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das deutsche Zollgebiet erörtert. Bei Erörterung der staatsfinanziellen Fragen wurde einvernehmlich der Grundsatz festgelegt, daß jeder der beiden Teile die Vergütung von Kriegsschäden an die Kriegsgegner gesondert zu tragen hätte. Endlich wurde die künftige Stellung der Stadt Wien, die den Rang einer zweiten Reichshauptstadt erhalte, besprochen und hierbei von den Vertretern des Reiches weitgehendes Entgegenkommen zugesagt. Die Aussprache führte zur Einigung in den grundsätzlichen Fragen und zur Feststellung des weiteren formalen Vorgehens durch Verhandlungen in paritätischen Sachkommissionen.

Gegen den Bolschewismus.

Die unermüdlichen Versuche des Bolschewismus, seine Ideen über die Grenzen Rußlands in die Welt hinauszutragen, verleihen den skandinavischen Staaten eine Bedeutung in der internationalen Politik, die weit beträchtlicher ist, als es den Fernstehenden erscheint. Schon während des Krieges waren Kopenhagen und Stockholm die Vermittlungsstellen für die offenen und geheimen Verbindungen, die trotz der Feindseligkeiten zwischen den kämpfenden Parteien bestanden. In der schwedischen und in der dänischen Hauptstadt gab es förmliche politische wie Handelsbörse, an denen sich die Interessenten aller Länder trafen und auf denen eine unterirdische Politik gemacht wurde, die zu durchleuchten und zu erforschen einmal eine reizvolle Aufgabe für den Historiker der Geheimgeschichte des Weltkrieges sein wird. In Skandinavien liefen die Fäden des Spionagewerkes der politischen Propaganda in den feindlichen Ländern zusammen. Es wimmelte von sogenannten interessanten Gestalten, die als Oufstör teils aus Vaterlandsliebe, mehr aber noch um des künftigen Lohnes willen häufig Taten verübten und ihr Leben für Abenteuer auf Spiel setzten, von denen keine Mär und kein Heldentum erzählen wird. Die skandinavische Presse war während des Krieges voll von Geschichten, die von Zeit zu Zeit die Gerichte beschäftigten und in denen einmal die eine und einmal die andere Partei teils mehr, teils weniger kompromittiert waren. Es braucht hier nur an die berühmte Bombenaffäre in Kristiania erinnert zu werden, an die Aufdeckung der Spionageschule an der deutsch-dänischen Grenze und an ähnliche schöne Geschichten mehr.

Nach dem Sieg der Bolschewisten in Rußland kam eine neue Alliance in das ohnehin schon reichlich bunte Bild. Anfangs beschränkte sich die bolschewistische Propaganda damit, mit Hilfe skandinavischer sozialistischer Stützpunkte die Fühlung mit der Außenwelt herzustellen. Es entspann sich ein lebhaftes Hin- und Her. Dänen, Schweden und Norweger reisten nach Petersburg und Moskau und wurden dort als die Vertreter des internationalen Proletariats gefeiert. Als die bolschewistische Regierung mehr der Not gezwungen als aus innerem Drang von den skandinavischen Regierungen anerkannt wurde, bildeten sich in den skandinavischen der Sowjetregierung, gleichsam automatisch, Propagandazentren des Bolschewismus, und es kam eine Art von System in die Agitation, die sich heute derartig ausgewachsen hat, daß sie anfangs, eine internationale Gefahr zu werden. Jetzt mag in der Presse über die Mittel, mit denen die Jünger Lenins und Trozki arbeiteten, übertrieben sein aber nichtsdestoweniger ist es erwiesen, daß die russische Regierung mit den Geheimern für bolschewistische Propagandazwecke nicht kauszig gewesen ist. In Dänemark, in Schweden wie Norwegen bestand nicht erst seit den Tagen der russischen Revolution eine linkssozialistische Bewegung, die aber stets ein verhältnismäßig kümmerliches Dasein führte und deren Presse keine allzu große Verbreitung und politische Bedeutung hatte. Das wurde plötzlich anders. Die Blätter erhielten brachialen Nachrichten aus Rußland. Es entstanden in fast allen größeren Städten Norwegens und Schwedens linkssozialistische Organe, es wurde eine Propaganda für ihre Verbreitung betrieben, die auf beträchtliche Geldmittel schließen ließ. Ferner entstanden in den Hauptstädten auffällig stark besetzte Büros der russischen Telegrafenausschüttung, und die Ar-

setzerhaft wurde plogisch mit einer Hochmut vollbewe-
fischer Literatur überhöht. Zu gleicher Zeit mehrte
sich die Zahl der russischen Intellektuellen, die mit amt-
lichen Missionen betraut waren und mit diplomatischen
Pässen ausfällig oft zwischen Petersburg und Standina-
vien hin- und herreisten. Eine Rückwirkung dieser un-
terirdischen Propaganda ist natürlich nicht ausgeblieben,
die soziale Unruhe, namentlich unter den ungelerten
Arbeitsmännern Standinaviens, das wirtschaftlich unter den
Folgen des Krieges stark zu leiden hatte, wuchs in er-
heblichem Maße. In Dänemark und Norwegen be-
schränkte sie sich auf Streiks und Vandalen, besonders
überreifer Jungsozialisten, wie man die Volkswirtschaften
dort nennt, mit den Behörden. In Schweden dagegen
hat sie sich zu einer größeren Bewegung ausgewachsen,
der die Regierung durch bedeutende Konzessionen in der
Wahlrechtsfrage rechtzeitig die Spitze abgebrochen hat.

Die skandinavischen Regierungen, die mit der Loya-
lität, die den Neutralen des Nordens einmal eigen ist,
den bolschewistischen Wühlereien lange genug müßig zu-
gesehen haben, beginnen sich endlich zu regen. Sowohl
Dänemark wie Schweden haben den bolschewistischen Ver-
tretern das Gastrecht gekündigt und haben auch die Be-
hörden angewiesen, der Propaganda eine größere Auf-
merksamkeit zu schenken. Start einleuchtend hat es auf
die skandinavischen Rätebewegungen gewirkt, daß die Berliner
Spartakus-Bewegung eine so entscheidende Niederlage
erlitten hat, aber immerhin bleibt die Stellung Standi-
naviens zwischen zwei revolutionären Brandherden noch
schwierig genug. Es wird für alle Beteiligten großer
Anstrengungen und einer Menge von staatsmännischer
Geschicklichkeit bedürfen, um den unermüdlichen An-
griffen der Sowjetleute Stand zu halten. Vorläufig
dürfte es noch Standinaviern aus eigener Kraft gelin-
gen, den Ball nicht durchbrechen zu lassen, aber Europa
wird gut tun, auf Standinaviens seine Aufmerksamkeit
zu richten, um den Moment nicht zu verpassen, bevor
ein so wichtiges Volkswerk ganz unterwühlt wird.

Vermischtes.

Verhaftung von Offizieren. Auf Veranlassung
des Kriegsgerichts der Gardebrigade-Kavalleriedivision
sind in Berlin Kapitänleutnant von Pflug-Hartung,
Hauptmann von Pflug-Hartung, Oberleutnant Vogel
und Leutnant Piepmann verhaftet worden. Bekanntlich
sind dies die vier Offiziere, denen vorgeworfen wird,
daß sie an der Ermordung von Karl Liebknecht und
Rosa Luxemburg beteiligt gewesen sind oder sich der
Deckung dieses Verbrechens schuldig gemacht haben.

Ausschreitungen in Prag. Der deutsche General-
konsul von Gehlert und der Beamte des Berliner Aus-
wärtigen Amtes, Lantier, sind abgereist. Die Ausschrei-
tungen gegen die Deutschen wiederholten sich am Mon-
tag in geringerem Maße. Die Beamten des deutschen
Hauses wurden, als sie sich in das Haus begaben woll-
ten, von der Menge blutig geschlagen.

Lokales und Allgemeines.

Preisanschreiben für Freimarke-Entwürfe.
Das Reichspostministerium beabsichtigt, zur Grün-
dung an die Deutsche Nationalversammlung besondere
Freimarke zu 10, 15 und 25 Pf. herauszugeben und
ladet zur Erlangung künstlerisch guter Entwürfe alle
deutschen Künstler zum Wettbewerb ein. Die Marken
müssen die Aufschrift Deutsche Nationalversammlung 1919
tragen und sollen eine Bildgröße von 22 mal 28 Mil-
limeter haben. Die Entwürfe müssen in klarem Strich
als Federzeichnung — nicht mit Pinsel — vollständig
ausgeführt und zur mechanischen Vervielfältigung, sowie
Abbildung in einfarbigem Druck geeignet sein. Die
Zeichnung darf nicht zu hart, die Strichführung nicht zu
schwach ausgefallen, vollgedruckte Flächen in Ver-
bindung mit feinen Linien sind zu vermeiden; keine
dunklen Flächen zur Verstärkung der Farbwirkung sind zu-
lässig. Die Entwürfe sind möglichst in natürlicher Größe,
einst in viersach-liniger Vergrößerung (88 mal 112 Mil-
limeter) anzufertigen. In diesem Falle ist daneben der
Entwurf in der natürlichen Größe der Marke möglichst
zu zeichnen oder mittels eines Vergrößerungsverfahrens
anzufertigen. Die Farbe, in der die Ausführung der
Marke gedacht ist, kann vorgeschlagen werden; das Pa-
pier ist weiß. Jeder einzelne Entwurf ist auf weißem
Steinpapier von höchstens 165 mal 235 Millimeter ohne
Einkerbung und dergl. einzureichen. Jedes Blatt ist
mit einem Aufsatz für sämtliche Entwürfe des Künst-
lers gleichbleibenden Kennwort zu versehen. In einem
verschlüsselten Umschlag mit dem gleichen Kennwort ist
die genaue Aufschrift des Künstlers beizufügen. Ein Ur-
heberzeichen dürfen die Entwürfe nicht tragen. Die En-
würfe müssen spätestens am 12. März im Reichspostmi-
nisterium vorliegen. (Adresse: Reichspostministerium
— Markenwettbewerb — Berlin W. 66, Leipziger Str.
15.) Für die Reihe von drei Entwürfen werden aus-
gesetzt: ein erster Preis von 6000 Mk., ein zweiter von
5000 Mk., ein dritter von 2000 Mk., sowie acht vierte
Preise zu je 1500 Mk. Sie können vom Preisgericht,
dessen Zusammenstellung noch veröffentlicht werden wird,
innerhalb dieser Summe auch anders verteilt werden.

Großere Anzahl junge
Zwetschenbäume
zu verkaufen bei Fr. Stern,
Erbenheim, Gartenstr. 5.
Jugger Dahn und Puhn
zu verkaufen. Näheres in
der Geschäftsstelle d. Zig.
Nehme Fahren bis zu
20 Zentner an bei billiger
Berechnung.
Wilhelm Bierbrauer,
Talsirasse 4.

Verz. Geflechte
Bindedraht
billig
H. Diehl, Wiesbden.
Bleichstraße 9.

Stärkewäsche
zum Waschen und Bügeln
nimmt an
Frau E. Hentschel,
Kirchgasse Nr. 2.
Kleintabl. Wohnhaus
mit Garten zu kaufen ge-
sucht. Angeb. unter M an
die Geschäftsstelle d. Blatt.

Französischer
Unterricht!!!
Beginn neuer Kinderkurse.
Kurse für Erwachsene zu
ermäßigten Preisen nach
bewährter Methode. 4-6
Teilnehmer.
Elsa Neumann-Paulsen,
Bierstädter Höhe 56, I.

In unserer Ernährungslage. In einem Teile
geraum und beimal heißt es bezüglich unserer Verfor-
gung in den kommenden schweren Monaten: Bei den
Verhandlungen in Spaas geht es vor allem um die
Lieferung von Nahrungsmitteln. Die Notlage droht
binnen kurzem zur Katastrophe zu werden, wenn nicht
dem Ausland Hilfe gewährt wird. Bei Aufrechterhal-
tung der jetzigen Notlage braucht Deutschland für das
nächste halbe Jahr im Monat 300 000 bis 400 000 To.
Getreide, 100 000 To. Fleisch, außerdem bis zur
neuen Ernte 1 000 000 To. Futtermittel. Die Schwie-
rigkeit der Beschaffung liegt vor allem in der Weige-
rung der Alliierten, uns auf Kredit zu liefern. Die ge-
samte Menge erfordert fünf Milliarden Mark, die aber
Deutschland bei weitem nicht in bar aufstreiben kann.
Die Veranschlagung aller Vorräte und etwaiger Pfand-
objekte führt aber außerdem dahin, daß später zum Be-
zug der notwendigen Rohstoffe nichts mehr vorhanden
ist. Die wirtschaftliche Notlage unseres Landes ist in
jeder Beziehung furchtbar.

* Margarine, Gerstenmehl und Graupen kommen zur
Verteilung. Bekanntmachung siehe heutige Nummer.

* Das Verteilungsverfahren der Gemeinde- und
Staatssteuer hat begonnen. Bei dieser Gelegenheit weisen
wir noch darauf hin, daß eine besonderer Mahnung nicht
mehr erfolgt sondern gleich zum Zwangsverfahren geschrit-
ten wird.

* Die Kinder sollen bekanntlich um 6 Uhr von der
Straße sein, leider kann man in Wiesbaden bemerken daß
diesem Verbot nicht strikte nachgekommen wird. Es wäre
am Platze wenn die Eltern mehr dabinster wären.

Bekanntmachungen.

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:
60 Gramm Margarine auf Folie 28 der Fettkarte zum
Preis von 35 Pfg. pro Karte.
125 Gramm Gerstenmehl auf Folie 12 der Lebensmittel-
75 „ Graupen karten zum Preis von 20 Pfg.
pro Karte.

Marmelade in allen Verteilungsstellen zum Preis von
110 Pfg. pro Pfund.

Fleisch und Wurst nach besonderer Bekanntmachung durch
Anschlag.

b) Verteilungszeit:
für alle Waren in den Kundengeschäften an die Haushal-
tungen

G bis M am Donnerstag d. Woche
R bis J am Freitag „ „
A bis F am Samstag „ „
Für Fleisch und Wurst an die Haushaltungen mit den Brot-
karten Nr.
801-1200 8-9 Uhr
1201-1500 9-10 „
1501- aus 10-11 „
1-400 11-12 „
401-800 12-1 „

a) Mitteilungen:
Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Vertei-
lung im Geschäft Nr. 19 (Heinr. Mayer, Talsirasse) je-
doch nur für solche Kartenfolgen der Lebensmittelkarten in
denen ausdrücklich „Zugang“ vermerkt ist und die gleiche
Anzahl Fettkarten. Die übrigen Karten gelten nur in den
Geschäften derer Nummer die Karte in der linken oberen
Ecke trägt. Die besondere Zuteilung der Krankenlebens-
mittel erfolgt nur in der Verteilungsstelle Lehmann, Wies-
badenerstraße 4. Der angegebene Zeitpunkt der Verteilung
ist genau einzuhalten. Verkäufer, welche Kunden außerhalb
der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens
4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom
Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Tüten, Einwickel-
papier oder Teller sind mitzubringen, besonders auch
Wechselgeld. In den Fleischläden sind alle Brotarten
vorzulegen. — Selbstversorger von Fleisch (Haushalts-
ungen), Geflügel (Mahlartenbesitzer) und Fett (Land-
wirte, Milchhändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von
Fleisch, Lebensmitteln und Fett ausgeschlossen und haben so-
weit dies nicht geschehen ist, die entsprechenden Karten so-
fort zurückzugeben. Unberechtigte Benutzung wird strafrecht-
lich verfolgt.

Wiesbaden, den 6. März 1919.
Der Bürgermeister: Hofmann.

Bis auf Weiteres gelangt ein bestimmtes Quantum
Zwieback zur Verteilung. Zum Bezug von Zwieback sind
berechtigt:

Reparaturen

an
Uhren und
Schmuck
in eigener Werkstatt schnell
sauber und gut
Bok, Wiesbaden
Kirchgasse 70.

Seltene Gelegenheit!
Mehr sehr gute Betten mit u.
ohne h. Haupt von 45 Mk. an
Eisenbetten von 20 Mk. an alle
Arten von Matratzen, Federbetten,
von 60 Mk. an, Federb., Kissen, gut
und billig Waschkommode Nachtschr.
3 sehr gute neue, ovale Tische von
80 Mk. an, 2 Spiegel 18 u. 60 Mk.
gefüllte und leere Strohsäcke von
20 Mk. an, alles wie neu. **Seip,**
Wiesbaden Vertriebsstr. 25.
Laden, Eleonorenstr. 7, 2. v.



Grosse Auswahl
zu soliden Preisen in Uebergangshüten
jeder Art, Hütförmern in allen Qualitäten,
modernen Reiso-, Lack- und Lanfalten.
Trauerhüte und Trauerstiele.

Näher 65 Jahre alte Personen, Kinder im Alter bis
4 Jahren, ferner solche Personen, welche im Besitze
ärztlichen Attestes sind.

Wer Zwieback beziehen will, hat dieses unter Vor-
eines Geburtscheines bzw. ärztlichen Attestes im Rathaus
hier Zimmer 6 zu beantragen. Die Verabfolgung
Zwiebackarten erfolgt nur gegen Einziehung der Brot-
Karte, den 6. März 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.
Betrifft: Gewährung einer Brotzulage an wer-
Mütter.

Ab heute erhalten werdende Mütter, welche sich im 6.
7. Kalendermonat der Schwangerschaft befinden bis
Weiteres eine Zulage von wöchentlich 500 Gr. Brot
350 Gr. Mehl. Die Bezugsberechtigung endet mit
Woche, in der die Niederkunft erfolgt. Anträge auf
Zulage der Zulage können im Rathaus hier, Zim-
mer 6 unter Vorlage einer Bescheinigung des Arztes
der Gebärhause gestellt werden.

Wiesbaden, den 4. März 1919.
Der Bürgermeister: Hofmann.

Das Reichsnährungsamt und die Bezirksnährungs-
ämter erneuern darauf aufmerksam, daß zur Mästung
Schweinen Futtermittel (Kleie und Tierkörpermehl)
die Schweinehalter abgeben werden. Für jedes zur
Lieferung angemeldete Schwein sollen 4 Zentner Kleie,
Zentner zu 10.35 und eine entsprechende Menge Tierkör-
permehl überwiesen werden.

Bezahlte werden 130.— für je Zentner Lebendge-
und ein Stückzuschlag von M. 35.—, wenn der Abruf
dem 1. Juli 1919 erfolgt.

Landwirte und Schweinehalter, die geneigt sind, sich
der Mästung von Schweinen, unter Gegenlieferung
Futtermittel, zu beteiligen, werden aufgefordert, sich
halb mit dem Kreisnährungsamt, Leisingstraße 16, Zimmer
in Verbindung zu setzen.

Der Kreisnährungsamt des Landkreises Wiesbaden.

Freitag, den 7. März, Mittags 2 Uhr läßt Herr
Wagner von hier in seiner Behausung, Hofstraße 16,
Möbel-, Haus- und Küchengeräte, Hobelbank, Waschma-
schin., etc. öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung
steigern.

Der Ortsgerichtsvorsteher: Hofmann.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Appell
demobilisierten Leute in der Gemeinde Wiesbaden auf
des Befehls der Stappentkommandantur an jedem Son-
nach am kommenden Sonntag wieder abgehalten wer-
den muß.

Es werden daher sämtliche aus dem Heeresdienst ins
Demobilisierung Entlassenen aufgefordert am kommen-
den Sonntag auf dem Platz vor der alten Schule (Schulhof)
pünktlich zu erscheinen und die Militärpapiere mitzubrin-
gen und zwar die Leute mit dem Anfangsbuchstaben
A bis M um 10 Uhr und
N bis Z um 10½ Uhr vorm.

Wer nicht oder nicht pünktlich erscheint, hat sich
Bestrafung durch die französische Besatzungsbehörde zu
erwarten.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Haus- und Grundbesitzervere-

Wiesbaden.
Am Samstag, den 8. März, abends 7½ Uhr
im Gasthause „Zum Anker“ unsere

Ordentliche Generalversammlung

statt.
Unsere Mitglieder sind hierzu freundlichst eingela-
det und wird insbesondere um pünktliches Erschei-
nen gebeten.

Der Vorstand.

Damen-Hüte!

Else Engel, Wiesbaden, Hellmundstr. 8.
Hüte zum Umarbeiten und Formen
werden jetzt schon angenommen.

Georg Diez

Tapetenhaus, Wiesbaden
4 Luisenplatz 4

Telephon 3025 freigegeben.
Auswahl durch Aufnahme preiswerter
neuer Muster bereichert.

Sie sparen

wenn Sie schon jetzt kommen
mit sämtlichem Vorrat von
Zutaten und getragenen
Sommerformen aller Art zwecks
Umnähen, Umpressen und Neu-
garnieren auf modernste Hüte
nach den neuesten Modellen

Heinrich Fried

Spezialhaus für Damen und Kinderhüte
Wiesbaden, Kirchgasse 50/52.